



Jahresbericht 2017

Landesverband Bremen

Aktivitäten auf Landesebene

Im vergangene Jahr wurde der bak wieder intensiv gefordert unter dem Aspekt „**bak als Interessenvertretung**“. Unter dem Titel „Qualität der Lehrerausbildung in Bremen“ ist im Februar 2017 motiviert durch die bildungswissenschaftliche Fachkonferenz in kooperativen Gesprächen mit Vertretern der GEW ein grundsätzliches Positionspapier (siehe Anlage) entstanden, welches als Vorlage einer Teilpersonalversammlung zur weiteren Diskussion diente.

Die sich bundesweit andeutenden Tendenzen einer „Deprofessionalisierung der Lehrerausbildung“ wurden vom bak Bremen im August 2017 in einem Gastkommentar im Weser-Kurier medienwirksam öffentliche gemacht unter dem Title „Defizite in der Qualifizierung“ (siehe auch: WK, 07.08.2017, https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik_artikel,-gastkommentar-defizite-in-der-qualifizierung-_arid,1633149.html). Daran anschließend veröffentlichte der Weser-Kurier ein Interview mit dem Bremer Landessprecher zum Thema Lehrermangel in Bremen (siehe auch: WK, 21.08.2017, https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-unterricht-braucht-strukturen-_arid,1638667.html).

Im Kontext der Entwicklung und Anpassung der neuen APV-L (Ausbildungs- und Prüfungsordnung Lehrerbildung) entstanden im Oktober und November 2017 drei Stellungnahmen (siehe Anlage) zur Veränderung der APV-L mit unmittelbaren Konsequenzen auf die Tagesordnung der Bildungsdeputation vom 18.10.2017. Hier ist es dem bak gelungen, den Antrag zur Veränderung der APV-L von der Tagesordnung nehmen zu lassen, damit dieser mit Unterstützung des bak positiv überarbeitet werden konnte. In einem persönlichen Schreiben der Senatorin wurden die vom bak angedachten Änderungen aufgegriffen. Die federführend von Frau Dr. Buhse angedachten Änderungen der APV-L, welche zu großen Nachteilen für Ausbildungsbeauftragte und Fachleiter*innen geführt hätten, konnten durch eine klare Positionierung seitens des bak zumindest gemildert werden. Zufrieden sind wir mit den Änderungen noch nicht und werden hier kontinuierlich am Ball bleiben. In diesem Zusammenhang wurden Gespräche mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien angeboten, welche von den „Linken“ in einem Gespräch am 23.11.2017 wahrgenommen wurde.

Ursächlich der intensiven Kommunikation mit den politischen Vertretern im Kontext Bildung

Bremen folgte im Januar 2018 eine Einladung von der Bildungssenatorin Frau Dr. Bogedan zu einem „allgemeinen Austausch“, welcher am 12.01.2018 erfolgte. In diesem konstruktiven Gespräch, an dem Christine Drescher und Helmut Klaßen teilnahmen, wurden Kernthemen wie vor allem die immer weitersteigende Belastung der Ausbilder*innen, die Problematik des Seiteneinstiegs und die Betreuung von Studierenden angesprochen. Das Gespräch war geprägt von einer positiven Stimmung und es wurde der Wunsch einer Fortführung ausgesprochen.

Im Februar 2018 wurde von der senatorischen Behörde angedachter "Qualifizierungsrahmen für Studierende im „Master of Education-Studium“ bekannt, welcher im deutlichen Widerspruch zur derzeitigen seminar-bezogenen Ausbildungspraxis der Bremer Lehrerausbildung steht und so nicht umgesetzt werden darf. Als Reaktion darauf wurde in Kooperation mit dem Bremer „Verband Sonderpädagogik“ eine Stellungnahme an die Senatorin und alle Bildungspolitischen Sprecher der Parteien versandt.

Unter dem Aspekt „**bak als Fortbildungsorgan**“ hat sich der regelmäßige bak – Thementag Bremen weiter etabliert. Der erste fand am 30.03.2017 zum Thema „Inklusion – Standortbestimmung in der Lehrerbildung Bremen“ mit der Referentin Gülcen Yoksulabakan-Uestueay statt. An diesem Thementag ging es um es um eine definitorische Klärung zum Thema, verbunden mit einem Aufriss, wie „Inklusion“ verstanden werden kann. Die Rückmeldungen zu diesem bak-Thementag waren sehr positiv.

Am 05.09.2017 war Prof.in Dr. Bettina Amrhein Gastrednerin beim zweiten Thementag im Jahr 2017. Ihr Vortrag zeigte handlungspraktisch auf, welche Kompetenzen Lehrkräfte benötigen, die ihr schulisches Handeln an Prinzipien einer inklusiven Pädagogik ausrichten möchten. Dabei wurde ein besonderes Augenmerk auch auf den Aufbau von Ausbildungsbedingungen gelegt, die diesen Kompetenzaufbau erst ermöglichen. Auch hier gibt es sehr positive Rückmeldungen von den Kolleg*innen.

Für 2018 stehen folgende Thementage an:

- 18.06.2018, 15:30 Uhr; Kinder- und Familienarmut und die Auswirkung auf Bildungsprozesse, Referentin: Gülcen Yoksulabakan-Üstüay
- 17.10.2018, 15:00 Uhr; „Lehrerbildung in der digitalen Welt“, Referent: Hilbert Meyer

Eine Anmeldung ist bereits möglich über unsere Homepage: <http://bak-lehrerbildung.de/bremen>

Aktivitäten auf Bundesebene

Im September 2017 fand in Bad Salzdetfurth ein außergewöhnlicher Seminartag statt, an dem sich rund fünfzig bak - Mitglieder unter dem Motto „bak – Quo vadis?“ in verschiedenen Arbeitsgruppen mit der Zukunft des bak beschäftigten. In meinen Augen ist es in Bad Salzdetfurth gelungen, in guter Stimmung die geleistete Arbeit der vergangenen Jahre aufzugreifen und diese mit konstruktiven Ideen für die Zukunft zu verknüpfen. Das arbeitsteilige Vorgehen zur Gestaltung einer „Systemischen Visitenkarte“ zeigte sich als sehr effektiv. Es wurden die richtigen Fragen gestellt und intensivst diskutiert. Ich habe es als wertvoll empfunden, dass der Teilnehmerkreis in Bad Salzdetfurth über den erweiterten

Vorstand hinaus mit weiteren bak - Mitgliedern aus verschiedenen Schulstufen ergänzt wurde. So ergaben sich an vielen Stellen neue Impulse und Denkrichtungen wurden ausgeweitet. Es sind im Ergebnis dann nicht nur Visionen entstanden, sondern auch konkrete Handlungsbedarfe mit realistischen Maßnahmenvorschlägen.

Neben der offiziellen Tagesordnung schätze ich natürlich, wie bei allen Seminartagen, die sehr konstruktiven Gespräche in den Pausen und an den Abenden. Es haben sich hier wieder viele Ideen für die konkrete Umsetzung im eigenen Landesverband ergeben.

Ein Beispielergebnis sind die konzentrierten Aussagen zum bak in Gestalt einer Postkarte:



EINMALIGKEIT

Der **bak** ist der einzige Verband, der lehramtsübergreifend die Interessen der Zweiten Phase der Lehrerbildung auf Bundes- und Landesebene vertritt.
Der **bak** ist die überparteiliche Vereinigung für Professionalisierung und Qualifizierung in der Lehrerbildung.



ZIELE

Der **bak** tritt für eine hochwertige Lehrerbildung ein, die die Anforderungen von Schule flexibel Rechnung trägt.
Der **bak** bietet ein Forum für fachspezifische und fächerübergreifende Professionalisierung.
Der **bak** beteiligt sich als bundesweit vernetzter Verband maßgeblich an bildungspolitischen Prozessen.

NUTZEN

Der **bak** bietet fachliche Expertise, kollegiale Vernetzung, Qualifizierung durch Tagungen und die vierteljährlich erscheinende wissenschaftlich fundierte Publikation SEMINAR.
Der **bak** ist eine Interessenvertretung der Mitglieder gegenüber bildungspolitischen Entscheidungsträgern.

FUNDAMENT

Guter Unterricht braucht eine qualitativ hochwertige Lehrerbildung. Dafür ist die Zweite Phase mit optimalen personellen und materiellen Arbeitsbedingungen unverzichtbar.

Der 52. bak-Seminartag wird vom 25.-28.09.2018 an der Justus von Liebig - Akademie in Gießen zum Thema „**Lehrkräftebildung nachhaltiger gestalten**“ stattfinden. Den Kolleg*innen vor Ort ist es gelungen, ein heraustragendes Programm zusammenzustellen, so dass sich der Weg nach Gießen als sehr gute Fortbildung herausstellen könnte. Das Programm und die Anmeldung ist hier zu finden: <http://www.uni-giessen.de/zfl/nachhaltigkeit>
Der 53. bak-Seminartag wird im Herbst 2019 in Rheinland Pfalz zum Thema Lehrerbildung 4.0 (Chancen, Risiken und Grenzen) stattfinden, an dem insbesondere auch kritischen Stimmen Raum gegeben werden soll. Beiträge und Angebote aus den einzelnen Bundesländern sind hier ausdrücklich erwünscht.

Weitere Informationen wie immer auf unserer Homepage: <http://bak-lehrerbildung.de>

Helmut Klaßen, 18.04.2018

Qualität der Lehrerausbildung in Bremen

kann nicht gehalten werden

„Aufgrund neuer bzw. veränderter Anforderungen an die Qualität von Unterricht in den Schulen ergeben sich gewandelte Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer. Dies bedingt entsprechende Anpassungen der Lehrerbildung sowohl in der 1. als auch in der 2. Phase.“ [Organisationsuntersuchung im LIS, TORMIN 2004].

Dies stellte die Unternehmensberatung TORMIN im Jahr 2004 fest und diese Aussage gilt heute nach über zehn Jahren mehr denn je.

Dazu einige Schlaglichter:

- Mit der Novellierung des Schulgesetzes 2008 leitete die Bremische Bürgerschaft eine Entwicklung zu inklusiven Schulen ein. Im Gefolge dessen veränderten sich die Anforderungen an die Ausbildung (beispielsweise hinsichtlich heterogener Lerngruppen oder sprachsensibler Unterricht);
- die Dynamik der Migration seit 2014 bringt nur deutlicher ins Bewusstsein, dass sich die Bundesrepublik einer gesellschaftlichen Herausforderung gegenüber sieht, die direkt auf Bildung und Erziehung wirkt;
- konstant geblieben über die Jahre ist die Armut in diesem Bundesland – beschämend genug!
- angepasste moderne bildungspolitische Forderungen, wie z.B. das aktuelle Strategiepapier der Kultusministerkonferenz (12/2016) „Bildung in der digitalen Welt“ unterstreichen die Problematik.

In dieser Situation werden von politischer Seite hohe Anforderungen an die Schule, damit an die Lehrkräfte und folgend an die Ausbildung derselben gestellt:

Selbstverständlich müssen inklusiv, multikulturell, multiprofessionell und digital orientierte Kompetenzen angeeignet werden. Nur: Die Bedingungen, unter denen die Qualifizierung der neuen Lehrkräfte in Bremen stattfindet sind so schlecht, dass deren Qualität gefährdet ist.

Für eine anspruchsvolle Ausbildung, und weniger als das ist nicht akzeptabel, muss sichergestellt sein, dass Universität, LIS und Schulen inhaltlich i. S. der neuen Anforderungen zusammenarbeiten können. Dafür werden Zeit und Konzepte benötigt. Jedoch führt gerade die Verdichtung der Arbeit zu einer Reduzierung notwendiger Reflexions-, Beratungs-, und Übungszeit.



Aus Sicht der Ausbilder*innen am LIS sind u. a. folgende Aspekte besonders zu beachten:

- Die Notwendigkeit einer Kooperation in den Sozietäten mit der Uni und mit den neu gegründeten Institutionen der inklusiven Schule (ZuP, ReBUZ);
- eine Abstimmung mit den Schulleitungen (Ausbildungskonzepte) und den Mentor*innen (gemeinsame Beratung, Verständigung über Ausbildungsinhalte).



Diese kurz skizzierten Entwicklungen ereignen sich vor dem Hintergrund, dass seit 2004 die Belastung der Ausbilder*innen stetig steigt. Die in mehreren Etappen verschlechterte Verrechnung der Arbeitszeit führte dazu, dass die Seminarleitungen bei gleicher Arbeitskapazität um 50 % mehr Referendar*innen ausbilden.

Dazu kommt, dass die gerade verabschiedete Ausbildungs- und Prüfungsordnung weitere Arbeitsleistungen durch zusätzliche Prüfungen und Beratungsgespräche mit Referendar*innen erzeugt. Im Gegenzug dafür gibt es keine Kontingente und kein Geld für die Fortbildung der Ausbilder*innen. Quasi im Selbstversuch müssen sie sich einarbeiten in eine veränderte Ausrichtung des Unterrichts und eine neue Struktur von Ausbildung (Lehrämter).

Die von politischer Seite mehrfach eingebrachte Lösung „gesunderhaltender Arbeitsbedingungen“ wird so zum Zynismus. Die Berechnungsgrundlagen der Unternehmensberatung Tormin waren weder zum damaligen Zeitpunkt tragfähig und stimmen zum heutigen erst recht nicht.

Das Missverhältnis von realer Arbeitsleistung und dem zu Grunde gelegten Zeitfaktor ist nicht mehr tragbar. Diese Arbeitsüberlastung wurde schon 2009 in einer ersten Untersuchung festgestellt. Die Qualität einer guten Lehrerausbildung in Bremen kann nicht mehr gesichert werden.

Wir machen uns stark für eine qualitativ hochwertige Lehrerbildung, die sowohl fachlichen wie fachdidaktischen als auch allgemein pädagogischen Anforderungen Rechnung trägt.

Zur Sicherung der Qualität der Lehrerbildung in Bremen fordern wir daher, die Arbeitseinheiten (AE) pro Referendar/in wieder von 0,65 AE auf 1,0 AE zu erhöhen.

Beschluss der EW – Fachkonferenz vom 16.02.2017

Stellungnahme des bak – Landesverband Bremen

zur Anpassung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter – APV-L an die Erhöhung der Plätze im Vorbereitungsdienst und Korrekturen (Vorlage Nr. L 98/19)

Der **bak** - Landesverband Bremen sieht es als sehr positiv, dass die verehrenden Probleme der gerade erst verabschiedeten Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter (APV-L) aufgegriffen und angepasst werden sollen. Probleme, auf die der **bak** bereits vor der Verabschiedung der APV-L hingewiesen hat! Leider werden nicht alle aus Sicht der Fachleiter*innen kritischen Problemfeldern aufgegriffen. Von einer „Modernisierung und Qualitätsverbesserung der Ausbildung und Prüfung im Vorbereitungsdienst in Bremen“ und von einer echten „Entlastung der Fachleitungen“, insbesondere der bildungswissenschaftlichen Fachleitungen, kann aus unserer Sicht leider **nicht** gesprochen werden.

In der Vorlage wird thematisiert, dass „Fachleiter/innen im geringeren Umfang an der Prüfungskommission zu dem Kolloquium zu einer Hospitation teilnehmen.“ Dies ist fehlerhaft, denn einen solchen Prüfungsteil gibt es nicht. Gemeint ist sicher „Kolloquium zu einer Präsentation“. Die eigentliche Belastung liegt aber darin, dass die Fachleitungen an allen unterrichtspraktischen Prüfungen teilnehmen müssen und dies bei der beschriebenen Problemlage nicht möglich ist. Hier muss zwingend eine Änderung hinsichtlich der Besetzung der Prüfungskommission erfolgen.

Der **bak** fordert, die APV-L grundständig zu überarbeiten und eine wirkliche Entlastung der Fachleitungen zu durchdenken und zur Sicherung der Qualität der Lehrerbildung in Bremen die Arbeitseinheiten (AE) pro Referendar/in wieder von 0,65 AE auf 0,9 AE zu erhöhen.

Der **bak** fordert zudem, in Fragen der Lehrerbildung in Bremen ins Beteiligungsverfahren involviert zu werden, wie dies in vielen anderen Bundesländern der Fall ist.

Bundesarbeitskreis der
Seminar- und
Fachleiter/innen e.V.

*Landesverband
Bremen*

*Landessprecher
Helmut Klaßen*

Anne-Frank-Str. 15
28215 Bremen
0421 / 2476667
helmut.klassen@bak-lehrerbildung.de

<http://bak-lehrerbildung.de>

Stellungnahme des bak – Landesverband Bremen

zur Anpassung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter – APV-L an die Erhöhung der Plätze im Vorbereitungsdienst und Korrekturen (Vorlage Nr. L 98/19)

Der **bak** - Landesverband Bremen sieht es als sehr positiv, dass die verheerenden Probleme der gerade erst verabschiedeten Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter (APV-L) aufgegriffen und angepasst werden sollen. Probleme, auf die der **bak** bereits vor der Verabschiedung der APV-L hingewiesen hat! Leider werden nicht alle aus Sicht der Fachleiter*innen kritischen Problemfeldern aufgegriffen. Von einer „Modernisierung und Qualitätsverbesserung der Ausbildung und Prüfung im Vorbereitungsdienst in Bremen“ und von einer echten „Entlastung der Fachleitungen“, insbesondere der bildungswissenschaftlichen Fachleitungen, kann aus unserer Sicht leider **nicht** gesprochen werden.

Der **bak** regt an, die APV-L grundständig zu überarbeiten und eine wirkliche Entlastung der Fachleitungen zu durchdenken. Folgende Punkte sind dabei aus unserer Perspektive dringend zu berücksichtigen:

- An den unterrichtspraktischen Prüfungen nimmt neben der bildungswissenschaftlichen Fachleitung nur die fachbezogene Fachleitung teil.
- Das Perspektivgespräch wird von der Schulleitung durchgeführt, es dürfen hier keine weiteren Verpflichtungen für Fachleiter*innen und Ausbildungsbefragte entstehen.
- Die gekürzte aber noch vorhandene Hausarbeit muss (wie in anderen Bundesländern) als Prüfungsteil entfallen, d.h. das Exposé zum Prüfungsformat "Kolloquium zur Präsentation" ist maximal sechs Seiten lang und geht nicht in die Bewertung ein.
- Das Protokoll im gesamten Prüfungsablauf führt der Prüfungsvorsitz (Entlastung der bildungswissenschaftlichen Fachleitungen).
- Der Aufgabenpool für das Prüfungsformat "Kolloquium zur Präsentation" muss offener gestaltet sein um auf aktuelle Szenarien der jeweiligen Schulstufe flexibel reagieren zu können.
- Die Anzahl der Hospitationen der bindungswissenschaftlichen Fachleitungen wird um einen Besuch reduziert, somit (siehe §4 Abs.4) auf 5- bis 8-mal. Da die bindungswissenschaftlichen Fachleitungen an beiden unterrichtspraktischen Prüfungen teilnehmen müssen, bedarf es hier einer Entlastung. In diesem Punkt steckt für uns eine sehr hohe Ambivalenz da hiermit eine *von uns nicht gewollte qualitative Verschlechterung der Ausbildung* einhergeht. Dies ist von uns natürlich eindeutig nicht gewollt, die derzeitigen Ressourcen zwingen uns aber zu dieser Forderung.

Bundesarbeitskreis der Seminar- und Fachleiter*innen e.V.

Landesverband Bremen

Landessprecher Helmut Klaßen

Anne-Frank-Str. 15
28215 Bremen
0421 / 2476667
helmut.klassen@bak-lehrerbildung.de

<http://bak-lehrerbildung.de>

Begründung:

Tabellarischer Vergleich:

	Alte APO	Neue APV-L
Hospitalitäten	6 - 9 mal	6 - 9 Mal
Unterrichtspraktische Prüfungen (UPP, ehemals „Lehrproben“)	Fachdidaktik: 1 Bildungswissenschaften: 2 Planungspapier 6 Seiten	Fachdidaktik: 2 Bildungswissenschaften: 2 Planungspapier 10 Seiten
Kolloquium	Zur Hausarbeit	Zur bewerteten schriftlichen Ausarbeitung und einer ergänzenden Präsentation
Mündliche Prüfung	Beide Fachdidaktiken Bildungswissenschaftler	Fließt in das Prüfungsgespräch nach der UPP ein: Beide Fachdidaktiken Bildungswissenschaftler
Perspektivgespräch	./.	<u>Möglichst mit Teilnahme der Fachleitungen, kann zu einem weiteren Termin führen</u>

Die wesentlichen Unterschiede in der Prüfungsphase zwischen der alten Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter (APO) und der neuen APV-L für Fachleitungen und Ausbildungsbeauftragte besteht darin, dass die Unterrichtspraktischen Prüfungen (UPP) von beiden Fachdidaktiken abgenommen werden. Bisher war jeweils nur die Fachdidaktik vertreten, deren Fach Gegenstand der UPP war. Das bedeutet, dass bisher (APO) z.B. im Fach Chemie die Prüfungskommission aus dem Prüfungsvorsitz, dem Mitglied der Schulleitung, der Fachleitung Bildungswissenschaften und der Fachdidaktik Chemie bestand. Zukünftig (neue APV-L) soll nun auch die Fachdidaktik des anderen Faches (z. B. Deutsch) an der UPP Chemie teilnehmen und diese ebenfalls bewerten. Der Zeitaufwand für eine UPP betrifft 45-60 Minuten der eigentlichen Unterrichtsstunde, dem vorherigen Lesen des Unterrichtspapiers und dem sich anschließenden Prüfungsgespräch, sodass insgesamt von einem zusätzlichen Zeitaufwand von 3 Zeitstunden ausgegangen werden muss. Diese hohe Zusatzzeit ergibt sich u. a. auch daraus, dass zwei UPP zeitlich nicht nahtlos hintereinander erfolgen, sondern eine zeitliche Unterbrechung zwischen zwei Prüfungsleistungen liegt. Des Weiteren finden beide UPP nicht immer an derselben Schule statt (teilweise ist eine UPP an einer Oberschule und die zweite an einem Gymnasium). Entweder muss, wenn beide Prüfungen an einem Tag erfolgen, der Weg von der einen zur anderen Schule mitgerechnet werden, oder wenn beide Prüfungen an verschiedenen Tagen liegen, ein zusätzlicher An- und Abfahrtsweg.

Außerdem ist die Teilnahme der Fachleitungen oder Ausbildungsbeauftragten an dem einmalig in der Schule stattfindenden Perspektivgespräch erwünscht. Dies ist zumeist ein zusätzlicher Termin, da nicht alle

Bundesarbeitskreis der Seminar- und Fachleiter/innen e.V.

Landesverband Bremen

Landessprecher Helmut Klaßen

Anne-Frank-Str. 15
28215 Bremen
0421 / 2476667
helmut.klassen@bak-lehrerbildung.de

<http://bak-lehrerbildung.de>

Fachleitungen dies im Anschluss an eine Hospitation wahrnehmen können. Wenn ein Unterricht im Fach Chemie hospitiert wird, muss die zweite Fachdidaktik (z. B. Deutsch) ggf. eigens anreisen.

Die Mehrarbeit pro Referendar/in beträgt 1 Unterrichtspraktische Prüfung im Rahmen von 3 Zeitstunden + 1 Perspektivgespräch im Rahmen von 1 Zeitstunde. Hinzu kommen Anfahrtsweg (je An- und Abfahrt im Mittel 30 Min. = 2 Stunden für beide Termine zusammen) = real 5 Zeitstunden.

Wenn man diese 5 Zeitstunden pro Referendar/in rechnet und diese mit z. B. 12 Referendar/innen pro Ausbildungsdurchgang multipliziert, hat eine Fachleitung somit einen Mehraufwand von 60 Zeitstunden pro Prüfungsdurchgang, ohne dass sich ihre Berechnungsgrundlage pro Referendar erhöht.

Im Jahr 2008 wurde nach dem Thormin-Gutachten die Berechnung auf 0,65 Einheiten je Referendar gesetzt (und um ein Erhebliches von ursprünglich 1,0 reduziert). Um die Fachleitungen nicht übermäßigen Überstunden auszusetzen, wurden damals die UPP je Fachleitung von zwei auf eine gesenkt. Nun aber wird dies „durch die Hintertür“ wieder eingeführt, ohne dass ein Ausgleich erfolgt.

Bisher unbeachtet bleibt zudem die Ungleichbehandlung der Fachleitungen in den Bildungswissenschaften im Vergleich zu den Fachdidaktiken. Die Bildungswissenschaftler sind von dieser Reduzierung bisher ausgenommen gewesen und haben seit 2008 freiwillig diese Mehrarbeit geleistet, weil sie grundsätzlich immer an beiden UPPs teilgenommen haben. Diese bisher erfolgte Mehrarbeit wird nun durch weitere (Teilnahme am Perspektivgespräch) noch zusätzlich erhöht.

In der Änderung zur APV-L, die Gegenstand der Deputationsitzung vom 18.10.2017 sein sollte, war vorgeschlagen worden, die Teilnahme der Fachleitungen bei dem Kolloquium zu einer Präsentation auf eine/n teilnehmenden Fachdidaktiker/in zu reduzieren. Dies stellt für Fachleitungen jedoch letztlich keine Entlastung dar, weil es sich bei diesen Prüfungsleistungen zumeist um Nachmittags-Termine handelt, die keine Unterrichtszeit berühren. Problematisch sind hingegen die Vormittags- bzw. Mittagstermine. Dies ergibt sich daraus, dass jede/r Referendar/in Unterrichtsbesuche im Umfang von 6-9 Besuchen je Fach plus Bildungswissenschaften (also insgesamt 18-27 Besuche) erhält und diese Termine nur zu Unterrichtszeiten liegen können. Hinzu kommt der eigene Unterricht von Fachleitungen (der zwar meist nur im geringen Stunden umfang, aber notwendig ist, damit diese zum einen an der aktuellen Unterrichtspraxis Anschluss behalten und damit der Qualität der Ausbildung erhalten und sie zum anderen Referendar/innen die

Bundesarbeitskreis der Seminar- und Fachleiter/innen e.V.

Landesverband
Bremen

Landessprecher
Helmut Klaßen

Anne-Frank-Str. 15
28215 Bremen
0421 / 2476667
helmut.klassen@bak-lehrerbildung.de

<http://bak-lehrerbildung.de>

Möglichkeit zur Hospitation im Rahmen von Ausbildungszwecken ermöglichen). Da sich der Vormittag und Mittag aber nicht beliebig dehnen lässt, ist nur eine bestimmte Anzahl von Hospitationsterminen tatsächlich unterzubringen (das bedeutet das Lesen von Unterrichtspapieren, das eigentliche Hospitieren, das Nachgespräch und mitzurechnen sind auch die Fahrtwege zwischen den verschiedenen Schulen!). Ein Hinzufügen weiterer Vormittagstermine erhöht die Enge für die Fachleitungen. Letztlich führt dies dazu, dass entweder Unterricht in der Schule ausfallen muss oder Hospitationen von Referendar/innen und bei Student/innen (gehört im Rahmen von Unipraktika inzwischen zum Aufgabenbereich fast jeder Fachleitung) nicht in der vorgegebenen Anzahl wahrgenommen werden können. Beides ist nicht vertretbar.

Zusätzlich ist die Lage durch die Vielzahl der Referendar/innen angespannt. Zu Zeiten, in denen weniger Referendar/innen zugelassen werden, fallen zahlenmäßig nicht so viele Termine an.

Daher kann die Lösung des Problems nur darin bestehen, dass bei unterrichtspraktischen Prüfungen entweder wie bisher nur jeweils die Fachdidaktik teilnimmt, deren Fach geprüft wird. Wenn diese konkrete Lösung aufgrund rechtlicher Bedenken nicht möglich ist, kann die alternative Lösung dann nur bedeuten, dass die Menge der Hospitationstermine, die Fachleitungen bei den Referendar/innen wahrnehmen sollen, um eine in der Anzahl verringert wird (auf 5-8). Dies bietet insofern einen Vorteil, als dies alle Fachleitungen betreffen (auch die Bildungswissenschaften) und somit einen realen Ausgleich darstellen würde. Die bedeutet leider aber auch eine von uns nicht gewollte deutliche Qualitätsreduzierung; die derzeitigen Ressourcen zwingen uns aber zu dieser Forderung.

Die jetzige Regelung der APV-L führt zu Mehrarbeit ohne konkreten Ausgleich. Dem kann in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden. Aus Fürsorgepflicht ist die geplante Regelung nicht zu verantworten, zudem gibt es bereits konkrete Ausfälle von Fachleitungen und BEM-Verfahren aufgrund hoher Arbeitsbelastung. Die muss eine Reißleine gezogen werden.

Der **bak** fordert zudem zur Sicherung der Qualität der Lehrerbildung in Bremen die Arbeitseinheiten (AE) pro Referendar/in wieder von 0,65 AE auf 0,9 AE zu erhöhen und in allen Fragen der Lehrerbildung in Bremen ins Beteiligungsverfahren involviert zu werden, wie dies in vielen anderen Bundesländern der Fall ist.

Bundesarbeitskreis der
Seminar- und
Fachleiter/innen e.V.

Landesverband
Bremen

Landessprecher
Helmut Klaßen

Anne-Frank-Str. 15
28215 Bremen
0421 / 2476667
helmut.klassen@bak-lehrerbildung.de

<http://bak-lehrerbildung.de>

Stellungnahme des bak – Landesverband Bremen / 3

zur Anpassung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter – APV-L an die Erhöhung der Plätze im Vorbereitungsdienst und Korrekturen (Vorlage Nr. L 102/19)

Der **bak** - Landesverband Bremen sieht es als sehr positiv, dass bei der überarbeiteten Fassung in der Vorbereitung zur nächsten Deputations- sitzung die Ideen des **bak** Einfluss gefunden haben.

Es ist sehr sinnvoll, dass nur die fachbezogene Fachdidaktiker*in an der jeweiligen unterrichtspraktischen Prüfung teilnehmen muss. Dies vereinfacht die Organisation der Prüfungen sehr und die Fachdidaktiker*innen werden hier entlastet. Dies gilt allerdings nicht, wie von uns angemerkt, gleichermaßen für die bildungswissenschaftlichen Fachleiter*innen und bleibt als Problem bestehen.

Überrascht hat uns die Reduzierung der Hospitationsbesuche durch alle Fachleiter*innen, was subjektiv betrachtet eine begrüßenswerte Entlastung für die Ausbilder*innen darstellt, die Qualität der Ausbildung aber stark reduziert. Neu hinzugekommen ist die verpflichtende Einführung von Gruppenhospitationen ohne begleitende Unterstützung. Die Referendare sollen sich jetzt gegenseitig beraten und erhalten weniger Unterstützung von Seiten der Ausbilder*innen.

Ist der durch die deutliche Reduzierung der Beratungen entstehende Qualitätsverlust wirklich gewollt?

Mit der formulierten Begründung bedeutet dies:

Weil mehr Referendar*innen in Bremen eingestellt werden (müssen), wird in Bremen die Ausbildungsqualität verringert. Dies gleicht einem politischen Armutszeugnis.

Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Seiteneinsteiger*innen eingestellt werden (müssen), und wir teilweise selbst bei sechs Unterrichtsbesuchen kaum genügend Zeit für die Ausbildung finden, sehen wir hier ein großes Problem.

Subjektiv gesehen stellt eine Reduzierung der Hospitationen eine deutliche Entlastung für die Ausbilder/innen dar. Dies ist einerseits absolut begrüßenswert, weil endlich einmal der nicht mehr tragbaren Belastung für die Ausbilder/innen Rechnung getragen wird, andererseits wird jedoch mit dieser Entlastung a) eine Qualitätsminderung in der Ausbildung und b) eine natürliche Weiterüberlastung „erkauf“t. Im selben Atemzug wie die Ankündigung, dass zukünftig nur noch fünf Hospitation

Bundesarbeitskreis der Seminar- und Fachleiter/innen e.V.

*Landesverband
Bremen*

*Landessprecher
Helmut Klaßen*

Anne-Frank-Str. 15
28215 Bremen
0421 / 2476667
helmut.klassen@bak-lehrerbildung.de

<http://bak-lehrerbildung.de>

en notwendig sind, um das gleiche Ausbildungsziel zu erreichen, erfolgt nämlich eine Ankündigung anhaltend hoher Zulassungszahlen und einer damit einhergehenden „ganz normalen“ weiteren Überbelastung, die den vermeintlichen „Gewinn“ sofort verschlingt. Zum 1.2.2018 werden wiederholt mehr Referendar/innen zugelassen als Ausbilder/innen vorhanden sind, die diese ausbilden können. Selbstverständlich gibt es (verhaltene) Zusagen für Neueinstellungen, jedoch ist aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren nicht mit Neueinstellungen vor dem 1.8.2018 zu rechnen. Bereits jetzt schon schiebt das LIS Überstunden im Rahmen von 11 (!) Stellen vor sich her. Es wird aber erfahrungsgemäß nicht zu Einstellungen in der Höhe kommen, die diese und zusätzlich die neuen Überstunden komprimieren. Also werden neue „Durchhalteparolen“ an die Mitarbeiter/innen ausgegeben, um sie unter Dauer-Hochbelastung „bei Laune zu halten“.

Diese hoch beanspruchten Ausbilder/innen arbeiten – wenn die Korrektur in der Sitzung der Deputation beschlossen werden sollte – pro Referendar/in bei gleichbleibender Qualitätserwartung (!) zukünftig zwar dann pro Referendar/in etwas weniger, jedoch für mehr Referendar/innen als möglich. Das ist Ausbeutung unter dem Deckmantel von „Optimierung“. Die Antwort – so wüsste es jedes Unternehmen der Wirtschaft – müsste lauten: Wir berechnen die Arbeitszeit der Ausbilder/innen pro Referendar/in neu oder kehren von den derzeitigen 0,65 zum erprobten Anrechnungsmodell von 1,0 Arbeitseinheit je Referendar/in zurück. Dann kann auch die Qualitätsdiskussion, die Bremen führt, wieder auf realistische Füße gestellt werden. Wie sollen sonst Schüler/innen in Schule von Lehrer/innen zu Höchstleistungen gebracht werden, wenn sie selber eine „Reduktions-Ausbildung“ erhalten haben? An der Korrektur der APV-L wird deutlich, wie tiefgreifend die Qualitätsdebatte in Bremen eigentlich geführt werden müsste. Es reicht keine Korrektur: Es bedarf einer Neuorientierung in vielfacher Hinsicht.

Unsere Forderung, die wir nun mehrfach deutlich geäußert und begründet haben, lautet daher: Realistische Anrechnungszahlen für Ausbilder/innen! Das heißt:

Rückkehr zum Modell „1 Referendar/in entspricht 1 Arbeitseinheit“ und davon ausgehend eine Qualitätssicherung der in der Ausbildung notwendigen Inhalte, Ansprüche und Verfahren.

Bundesarbeitskreis der
Seminar- und
Fachleiter/innen e.V.

*Landesverband
Bremen*

*Landessprecher
Helmut Klaßen*

Anne-Frank-Str. 15
28215 Bremen
0421 / 2476667
helmut.klassen@bak-
lehrerbildung.de

<http://bak-lehrerbildung.de>



Verband Sonderpädagogik
Landesverband Bremen e.V.

Stellungnahme des bak – Landesverband Bremen und des Verband Sonderpädagogik Landesverband Bremen e.V.

zum „Qualifizierungsrahmen für Studierende im Master of Education-Studium, die Förder- oder Vertretungsunterricht geben.“

Die oben genannten Landesverbände verstehen, dass die aktuelle Not-situation an Bremer Schulen es erfordert, zur Vermeidung von Unter-richtsausfall Studierende in Ausnahmefällen aushelfen zu lassen. Hier ist es sicherlich sinnvoll, dass über eine Unterstützung der Studierenden von Seiten der Behörde nachgedacht wird. Das Studierende eigentlich nicht schon eigenverantwortlich unterrichten sollten, darüber herrscht jedoch sicher Konsens.

Entsprechend der aktuellen APV-L, §1 (2): „*werden die während des Hochschulstudiums erworbenen fachlichen, didaktischen und pädagogischen Kompetenzen, in engem Bezug zum erteilten Unterricht in Hinblick auf die definierten Ausbildungsziele nach § 3 des Bremischen Ausbildungsgesetzes für Lehrämter, erweitert und vertieft.*“ Wie soll dieses für Studierende bei einer „einfachen“ Teilnahme an regulären Ausbildungsseminaren gehen, wenn diese während des Studiums weniger Zeit für ihre Universitätsveranstaltungen und vor allem das Studium noch nicht abgeschlossen haben.

Wir fragen, wie soll eine den Bremer Bildungsanforderungen entsprechen-de qualitativ hochwertige Ausbildung von Referendar*innen (z.B. im Lehramt Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik) garantiert werden, wenn in den Seminaren der Referendar*innen, Studierende mit anderen Kom-petenzvoraussetzungen teilnehmen?

Ein von der senatorischen Behörde (Kinder und Bildung) angedachter Qualifizierungsrahmen (Entwurf vom 02.02.2018), der durch spezifische Module (Unterrichten, Erziehen, Fachunterricht) realisiert werden soll, steht allerdings im deutlichen Widerspruch zur derzeitigen seminar-bezogenen Ausbildungspraxis der Bremer Lehrerausbildung. Seminar-inhalte werden nicht modular vermittelt.

Bundesarbeitskreis der
Seminar- und
Fachleiter/innen e.V.

*Landesverband
Bremen*

*Landessprecher
Helmut Klaßen*

Anne-Frank-Str. 15
28215 Bremen
0421 / 2476667
helmut.klassen@bak-lehrerbildung.de

<http://bak-lehrerbildung.de>



Verband Sonderpädagogik
Landesverband Bremen e.V.

Eine "einfache Teilnahme" an regulären Ausbildungsseminaren kann den seminar- und erwachsenendidaktischen Anforderungen eines qualitativen kompetenzorientierten Angebots für Studierende in der vorgeschlagenen Form der Behörde in keiner Weise gerecht werden.

Durch die aktuell massive Erhöhung der Ausbildungszahlen sind viele Seminare derzeit schon mit hohen Teilnehmerzahlen belastet. Eine „einfache“ Aufstockung durch Studierende kann hier noch einmal zu einer Verschärfung der Situation führen, denn professioneller Kompetenzerwerb braucht entsprechende personelle, mediale und infrastrukturelle Rahmenbedingungen, für die entsprechende zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden müssen.

Für die geforderten „Angebote für Notfälle“ in den Ferien müssen ebenso ergänzende Ressourcen zur Verfügung stehen.

In einer gemeinsamen Stellungnahme der **bak** und des **vds** fordern wir daher, statt aktionsistisch-operativer Hektik eher durchdachte, sinnvolle mit entsprechenden Ressourcen unterlegten Lösungen zu konzipieren, damit das Bundesland Bremen sicherstellen kann, dass eine fundierte Ausbildung qualitativ abgesichert ist und somit für zukünftige Lehrkräfte aller Lehrämter Bremen als Arbeitgeber attraktiv bleibt bzw. wird.

Bundesarbeitskreis der
Seminarkreis der
Fachleiter/innen e.V.

*Landesverband
Bremen*

*Landessprecher
Helmut Klaßen*

Anne-Frank-Str. 15
28215 Bremen
0421 / 2476667
helmut.klassen@bak-lehrerbildung.de

<http://bak-lehrerbildung.de>